

Geld: Einführung und Überblick

Fritz Helmedag

Helmedag, Fritz: Geld: Einführung und Überblick.

In: Knapps Enzyklopädisches Lexikon des Geld-, Bank- und Börsenwesens, Auflage 2007, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main.

Artikel Nr. 4390, Aktualisierung 2007.

1 Geld als Institution

Die Ökonomik hat es bisher nicht vermocht, einen allgemein akzeptierten Begriff des Geldes vorzulegen. Stattdessen dominiert eine Leistungsschau: Geld sei, was die Geldfunktionen erfülle. Eine solche rekursive „Erklärung“ bleibt jedoch notgedrungen oberflächlich, denn es ist niemals erschöpfend, etwas durch die Aufzählung all dessen charakterisieren zu wollen, wozu es gebraucht werden könne. Implizit unterstellt diese Vorgehensweise, der Angesprochene wisse bereits intuitiv, welche ökonomischen Geldverwendungen existieren. Immerhin erlaubt es die übliche Praxis, sich an das Wesen des Geldes soweit heranzuarbeiten, dass eine kompakte Kennzeichnung in greifbare Nähe rückt.

Einzelne Autoren nennen mehr als ein Dutzend verschiedener Geldfunktionen (Schilcher, 1973, S. 44f.); allerdings beschränkt man sich in der Literatur fast immer auf die „Triade des Geldes“: Geld diene als Recheneinheit, als generelles Tauschmittel und schließlich als Wertaufbewahrungsmittel. Die genannten Funktionen kreisen somit mehr oder weniger eng um den Tausch. Daher finden sich unter den Möglichkeiten, Geld zu instrumentalisieren, keine Hinweise auf Einsatzgebiete, die auf der Eigenschaft des physischen Geldstoffs beruhen. In Italien gerieten beispielsweise kleingestückelte Münzen aus dem Verkehr, weil sie als Knopfrohlänge verwendet wurden. Offensichtlich übertrifft in solchen Situationen der Gebrauchswert des Geldmaterials seinen Tauschwert. Dieser fällt für den aus der Geldgemeinschaft isolierten Geldbesitzer sogar auf Null: Tatsächlich erscheint die Meldung glaubhaft, wonach ein verirrter Skifahrer Dollarnoten verbrannt habe, um sich die klammen Finger zu wärmen.

Schon diese Episode lehrt, dass jeder Versuch zum Scheitern verurteilt ist, dem Geld in einer „Robinsonwirtschaft“ auf die Schliche kommen zu wollen: Das Geld ist eine gesellschaftliche Institution, ein soziales Konstrukt. Insoweit ähnelt das Geld der Sprache. Beide Male handelt es sich um ein „dialektisches“ Verhältnis zwischen scheinbarem Subjekt und Objekt: Menschen haben die Kommunikationsmedien hervorgebracht und werden zugleich von ihnen geprägt. Der Umgang mit Geld (und Sprache) stellt freilich nicht nur den mehr oder weniger sporadischen Gebrauch eines Werkzeugs zu einem gegebenen Zweck dar, sondern die zwangsläufig permanente Benutzung modifiziert das Verhältnis der Person zu dem, was sie anstrebt (Deutschmann, 1995).

Mit zunehmender Differenzierung der Arbeit und sinkender Selbstversorgung ist die Bedeutung von Märkten gewachsen. Der ökonomische Tausch wurde damit zur vorherrschenden Methode, die Ressourcen und die Produkte spezifischen Verwendungen zuzuführen, d.h. das Allokationsproblem zu bewältigen. Daneben finden sich auf Wechselseitigkeit beruhende Reziprozitätsbeziehungen – etwa in Form einer „Verpflichtung“ zu Geschenken – sowie Redistributionsvorgänge, wobei über eine Zentralstelle umverteilt wird (Polanyi, 1976).

Zwar schlägt sich die unterschiedliche Wirtschaftskraft der beteiligten Akteure in verschiedenen Marktstrukturen und -organisationen nieder, doch alle ökonomischen Tauschhandlungen konstituieren sich durch die Abwesenheit von Zwang und persönlichen Präferenzen: Güter, Dienste, Rechte und Pflichten werden freiwillig und ohne Rücksicht auf den konkreten Tauschpartner übertragen. Somit wächst mit der Häufigkeit der autonomen, anonymen Tauschakte die Wohlfahrt der Beteiligten (Helmedag, 1994, S. 43ff.). Findet sich von einer gegebenen Erstausrüstung ausgehend niemand mehr, der zu einem (weiteren) Handel bereit ist, wurde ein Zustand erreicht, für den sich die Bezeichnung „Pareto-Optimum“ (nach V. Pareto (1848-1923)) oder einfach „(Tausch-)Effizienz“ eingebürgert hat. Aber dieses oft genannte Kriterium garantiert weder ein soziales Optimum noch genügt es zur Bewertung dynamischer Abläufe in produzierenden Volkswirtschaften. Gleichwohl erlangt Geld schon in reinen Beständewirtschaften eine eminente Bedeutung, um eine effiziente Allokation zu bewerkstelligen.

2 Geld in der Beständewirtschaft

Auf dieser Abstraktionsebene unterliegen die einzelnen Akteure keiner Bilanzrestriktion, die Ausgaben müssen nicht durch Einnahmen gedeckt sein. In solchen Ökonomien ähnelt der Wirtschaftsprozess einer Einbahnstraße: Irgendwoher stammende Erstausrüstungen werden getauscht, solange damit eine subjektive Besserstellung einhergeht. Man könnte freilich auch auf den Tausch mangels Gelegenheit verzichten; jedenfalls ist man auf ihn nicht angewiesen, um auf diese Weise an Lebensmittel zu gelangen. Zu den Beständewirtschaften wären etwa praktisch autark produzierende Bauernfamilien zu rechnen, die lediglich von Zeit zu Zeit mit ihrem Überschuss einen Marktplatz in der Hoffnung aufsuchen, dort damit „Luxusgüter“ zu erhalten. Aber auch Kinder, die sich treffen, um den subjektiven Wert ihrer Schätze durch Handel zu vermehren, eignen sich als Exempel. Das stärkste Lager der akademischen Volkswirtschaftslehre, die sog. Neoklassik, lässt sich durchaus einer solchen „Spielplatzökonomik“ zurechnen: Die Erstausrüstungen sowie die Präferenzen sind gegeben, der Wirtschaftsprozess hat dann die Aufgabe, die knappen Ressourcen in ihre optimale Verwendung zu lenken. Hierfür kommen eine direkte bzw. eine indirekte Transformation in Betracht, der erste Vorgang heißt Tausch, der zweite Produktion. Diese Einbahnstraßenperspektive blendet systematisch das die Klassiker der Ökonomik umtreibende Problem der Reproduktion aus. Diese studierten Eigenschaften und Perspektiven einer zirkulären Erzeugung der Produktions- und Konsumgüter auf einem bis zur Beschäftigungsgrenze prinzipiell beliebigen Niveau. Deshalb konnte die Kategorie der Knappheit nicht die Schlüsselstellung gewinnen, die sie heute – auch bei brachliegenden Produktionsmöglichkeiten – einnimmt.

Aus Sicht der ökonomischen Theorie des Tausches („Katalaktik“) wird es in Beständewirtschaften erst bei mehr als zwei Akteuren und zwei Gütern interessant. Sonst gibt es nämlich bloß einen relativen Preis, das Verhältnis der Mengen, zu dem die beiden Akteure miteinander ins Geschäft kommen. Hierfür hat eine „doppelte Koinzidenz“ vorzuliegen: Jede Person begehrt das, was die andere abtreten möchte. Einigen sie sich, steht einem Naturaltausch nichts im Wege. In dieser beschaulichen Welt ist Geld überflüssig.

Anders dagegen, sobald ein Dritter mit einem zusätzlichen Gut die Bühne betritt. Obwohl es für jedes Gut einen Anbieter und einen Nachfrager geben mag, kommt im ersten Anlauf u.U. kein Abschluss zustande. Denn es finden sich womöglich keine Partner, die wechselseitig nach dem verlangen, was der andere offeriert. Ein Dreieckstausch führt vielleicht aus der verfahrenen Situation, wobei jedoch derjenige, welcher die Initiative ergreift und zunächst das eigentlich Unerwünschte akzeptiert, zweimal aktiv werden muss, um letztlich das Erstrebte in Händen zu halten. Die beiden anderen tragen kein solches Risiko. Mit steigender Personen- und Güterzahl vermehren sich grundsätzlich die erforderlichen Zwischenschritte.

Durch einen scheinbaren Umweg lassen sich die eventuell recht langen Tauschketten drastisch verkürzen. Die Einschaltung eines allgemein gebräuchlichen Tauschmediums spaltet das Geschäft in zwei halbe Tauschakte, Kauf und Verkauf. Eine von allen Verkäufern akzeptierte universelle Gegenleistung reduziert die doppelte Koinzidenz auf die einfache: Die Anstrengungen der Anbieter beschränken sich

jetzt auf die Suche nach einem Abnehmer, der fähig und willens ist, einen bestimmten Preis zu entrichten.

Damit können wir eine weitere Geldfunktion aufgreifen. In einer Beständeökonomie mit n Gütern existieren $n(n - 1)/2$ unabhängige relative Preise (Helmedag, 1995). Diese Zahl der Kombinationen zweiter Klasse aus einer Grundgesamtheit von n Elementen gibt alle unabhängigen Mengenverhältnisse an, die zwischen den Gütern prinzipiell bestehen. Schon für 100 Objekte müssen demnach 4.950 Tauschrelationen bekannt sein, um den Überblick über die Struktur der relativen Preise zu gewinnen. Dieser Informationsbedarf wird enorm verringert, sobald ein gemeinsamer Standard die Referenz bildet. Wird eines der Güter als Preisausdrucksmittel gewählt, genügt es, die anderen $(n - 1)$ Güter – 99 in diesem Fall – zu der Recheneinheit in Beziehung zu setzen, um die ganze Palette der Tauschrelationen ermitteln zu können. Die Anzahl dieser absoluten Preise ist um den Faktor $n/2$ geringer als die der relativen Preise. Die Schere zwischen der Menge der beiden Tauschverhältnisse klappt folglich mit wachsender Menge an Gütern mehr und mehr auseinander. Vor dieser Kulisse erweist sich der indirekte Weg über ein numéraire als äußerst nützliches Hilfsmittel, um die Hemmschwellen marktvermittelter Transaktionen abzubauen.

Je nach Geschäftsvolumen muss die universelle Gegenleistung abgestuft werden, neben Haltbarkeit und hoher Fälschungssicherheit sollte daher die Teilbarkeit gewährleistet sein. Bei manchen Frühformen des Geldes, wie den „Protzgütern“ Pauke, Krug, Schüssel usw. (Gerloff, 1947, S. 35ff.), war daran nicht zu denken. Für „Kleingeld“ bedarf es Einheiten, die sich historisch an physische Maße und Gewichte anlehnten. Dient Edelmetall als allgemeines Äquivalent, dann wird durch die Übergabe der vereinbarten Menge der Preis entrichtet. Eine Waage oder genormte Münzen lösen praktisch die Aufgabe (→Geldgeschichte).

3 *Geld in der Produktionswirtschaft*

Die mit der Verfeinerung und Ausbreitung der Arbeitsteilung einhergehende Spezialisierung bedeutet, dass die einzelnen Produzenten nur einen Teil dessen anfertigen, was in ihren Begehrkreis fällt. Der einzelne „.. lebt weitgehend von Gütern, die andere erzeugen und die er im Tausch gegen die überschüssigen Produkte seiner Arbeit erhält. So lebt eigentlich jeder von Tausch ...“ (Smith, 1978, S. 22f.). Damit schwenkt die Analyse von der Bestände- auf die Produktionswirtschaft. Im Kontrast zur Einbahnstraßenbetrachtung, die den Weg von den Erstausrüstungen zum Konsum thematisiert, müssen jetzt gesamtwirtschaftlich die Ausstöße der Fertigungsprozesse regelmäßig genügend abwerfen, um die dabei untergegangenen Einsätze wieder bereitzustellen.

Auf sektoraler Ebene sind die Ausgaben von den Einnahmen zu decken. Obwohl sich ein individuell ausgeglichenes Budget auch für eine Beständewirtschaft postulieren lässt (Ott, 1991, S. 13f.), ist es typischerweise die arbeitsteilige Produktionswirtschaft, die einer solchen Wirtschaftsrechnung bedarf. Sie ist freilich nur praktikierbar, wenn sich eine Einheit etabliert hat, welche die Kreislaufströme auf einen Nenner bringt. Die Koordination durch individuelle Konfrontation der physischen Nachfrage mit dem materiellen Angebot scheitert am Problem selbst in der geschlossenen Wirtschaft ohne Mehrprodukt, wo gerade soviel erzeugt wie verbraucht wird. Um ein widerspruchsfreies Tauschsystem zu erhalten, müssen die einzelnen Güter mit ihren Preisen gewichtet werden. Dies erlaubt es, die heterogenen Mengen auf eine Dimension zu bringen, um auf diesem Wege die für die Produktionswirtschaft charakteristischen Budgetrestriktionen zu formulieren (Helmedag, 1995).

Die Leistung des allgemeinen Tauschmittels ähnelt in der Wirtschaft des entfalteten ökonomischen Tausches derjenigen, die es in der Spielplatzökonomie erfüllt. Die doppelte Koinzidenz wird vermieden und es ist nicht nötig, eine bestimmte Reihenfolge im Geschäftsverkehr einzuhalten. Dies setzt eine entsprechende Verteilung des Tauschmediums oder Kreditmöglichkeiten voraus. Die Geldbenutzung reduziert zugleich die Unsicherheit, welche beim Handel mit Naturalien („Barter“, →Barter-Handel) auftritt, falls es an Gewissheit mangelt, ob ein hereingenommenes, aber eigentlich nicht begehrtes Gut weiterveräußert werden kann.

Angesichts der vorangegangenen Überlegungen ist begreiflich, weshalb die ältere deutschsprachige Literatur lediglich die abstrakte Recheneinheit von dem konkreten Tauschmittel geschieden hat. Da dieses jedoch einer Skalierung bedarf, um verschiedene Quantitäten auszudrücken, geht logisch gesehen ein numéraire den anderen Geldfunktionen voraus. Zahlreiche historische Beispiele belegen die mögliche „monetäre Separierung“, d.h. die Trennung von Zählinheit und Entgeltmittel. So erfolgt in einigen Ländern die Preisangabe in US-Dollar oder in Euro; die Rechnung wird indes in der zum Tageskurs bewerteten Landeswährung beglichen. Wegen des Wegfalls dieser Umrechnung verspricht die Übereinstimmung der beiden Geldfunktionen in einem Medium Vorteile, weil dessen Einheiten sowohl die wirtschaftlichen Kalkulationen als auch die tatsächlichen Zahlungsströme dimensionieren. Es ist gar die Auffassung anzutreffen, wonach ein Objekt nur dann Geld wäre, wenn beide Aufgaben von ihm erfüllt würden (Forstmann, 1952, S. 71). Demgegenüber erwartet die seit 1970 entstandene „New Monetary Economics“ die Entkopplung von abstrakter und konkreter Geldfunktion, sofern der Staat die Herausbildung neuer und vielfältiger Zahlungsmittelarten nicht behindert. Was sich unter solchen deregulierten Verhältnissen als Geld tatsächlich etabliert, sei a priori offen (vgl. als Übersicht Neldner, 1997).

4 Zum Wesen der Geldwirtschaft

Die Verwendung einer generellen Gegenleistung wirkt jedoch nicht bloß wie ein „Schmiermittel“ des Tausches, sondern ruft einen Umschlag von Quantität in Qualität hervor. Indem nämlich ein Gut in praktisch jedem ökonomischen Tausch als Entgelt des Käufers fungiert, verwandelt es sich zum Zahlungsmittel schlechthin. Seine Hergabe vermag eine wie auch immer entstandene Schuld zu tilgen. Deshalb befriedigt der Besitz des allgemeinen Tauschmittels das Bedürfnis nach permanenter Kaufbereitschaft: „Nur ein einziges Gut ist immer zuerst ein Tauschgut und dadurch erst ein Gebrauchsgut: das Geld“ (Veit, 1966, S. 12). Diese „Eintrittskarte“ zum Güterkosmos repräsentiert abstrakten Reichtum, indem sie die potentielle Verfügungsgewalt über das gesamte Spektrum aller speziellen Waren verleiht. In der durch ökonomischen Tausch integrierten Wirtschaftsgesellschaft ist der Zahlungsfähige wohlhabend; dieses Vermögen macht ihn stark. Das Geld eignet sich zur Wertaufbewahrung mit höchster Liquidität, weil und solange es das allgemein akzeptierte Tauschmittel ist.

Erklärt der Staat das Geld als „Geschöpf der Rechtsordnung“ (Knapp, 1921, S. 1) zum gesetzlichen Zahlungsmittel, soll durch den formalen Annahmepflicht Vertrauen in seine „Weiterverwendungsfähigkeit“ geschaffen werden (Hahn, 1990, S. 34). Hiervon erhoffte man sich auch ohne Konvertibilität in Edelmetall die Akzeptanz der Noten. Noch heute liest man auf der englischen Fünf-Pfund-Note: „I promise to pay the bearer on demand the sum of five pounds“ – von wegen, wie wir wissen. Trotzdem zirkuliert der Schein. Allerdings sind zahlreiche Fälle belegt, in denen es zur Annahmeverweigerung („Repudiation“) eines gesetzlichen Zahlungsmittels gekommen ist. Das Papier hat dann seine Kaufkraft verloren. Darüber hinaus kann es in Einzelfällen geschehen, dass man mit sonst werthaltigen Banknoten auf verlorenem Posten steht. Zwar verheißt ein Aufdruck auf dem US-Dollar: „This note is legal tender for all debts, public and private“. Doch das lässt jene misstrauischen Mietwagenverleiher kalt, welche eine angebotene Barzahlung ablehnen und die Vorlage einer Kreditkarte verlangen. Offensichtlich genügt die bloße rechtliche Bestimmung für sich nicht, die Privaten zu bewegen, etwas wider Willen als universale Gegenleistung zu betrachten.

Die Verwandlungsvielfalt „echten“ Geldes wurde in der Literatur des Öfteren plastisch formuliert. Für Marx ist das Geld „der Gott unter den Waren“ (Marx, 1974, S. 132), und es vermag die tollsten Wunder zu vollbringen: „Das was ich *bin* und *vermag* ist also keineswegs durch meine Individualität bestimmt. Ich *bin* häßlich, aber ich kann mir die *schönste* Frau kaufen. Also bin ich nicht *häßlich*, denn die Wirkung der *Häßlichkeit*, ihre abschreckende Kraft ist durch das Geld vernichtet.“ (Marx, 1988, S. 219). Ähnliches verkündet Schopenhauer: „Geld allein ist das absolute Gute: weil es nicht bloß einem Bedürfnis in concreto begegnet, sondern dem Bedürfnis überhaupt, in abstracto.“ (Schopenhauer, 1977, S. 380.). Und in Simmels „Philosophie des Geldes“ heißt es: „Die innere Polarität im Wesen des Geldes: das absolute Mittel zu sein und eben dadurch psychologisch für die meisten Menschen zum

absoluten Zweck zu werden, macht es in eigentümlicher Weise zu einem Sinnbild, in dem die großen Regulative des praktischen Lebens gleichsam erstarrt sind.“ (Simmel, 1920, S. 234).

Gewiss, die genannten Charakterisierungen mögen übertreiben, mit Geld lässt sich beileibe keineswegs alles kaufen, und so doch, nicht immer legal. Korruption und Prostitution bezeichnen beispielsweise menschliche Aktivitäten, die für viele nicht mehr zum „normalen“ Geschäftsverkehr zählen und die als mehr oder weniger anrüchig gelten. Bei näherem Hinsehen werden freilich Abstriche an der Verwerflichkeit vorgenommen. Bestechungszahlungen sind unter gewissen Bedingungen steuerlich absetzbar, und der Bundesgerichtshof stellte 2006 fest, dass die Ausübung der Prostitution nicht mehr „als schlechthin sittenwidrig“ anzusehen sei (Aktenzeichen I ZR 231/03). Neuere Entwicklungen der Volkswirtschaftslehre umschließen „ökonomische“ Theorien des Zähneputzens, der Heirat, des Kinderkriegens, des Schmuggels usw. Spätestens mit der Verleihung des Preises der Zentralbank Schwedens für die ökonomische Wissenschaft zum Andenken an Alfred Nobel 1992 an Gary S. Becker wurde quasi amtlich, dass jeder Aspekt der Daseinsbewältigung als Problem eines homo oeconomicus interpretiert und damit auf den Nenner des Geldes gebracht werden könne. Diesem „ökonomischen Imperialismus“ gilt nichts als heilig, sogar das Gebet der Gläubigen wirkt durch diese Brille als diesseitige Vorleistung in der Hoffnung auf einen satten jenseitigen Zins (vgl. hierzu Schmidtchen, Mayer, 1993).

Das Provozierende dieses Ansatzes liegt natürlich darin, Bereiche des menschlichen Daseins der Wirtschaft zuzuschlagen, die wir nur mit mehr oder weniger Skrupel dort lokalisieren: Es gibt persönliche Beziehungen und Verhältnisse, die nicht bloß als freiwilliger Tausch ohne Ansehen des Partners begriffen werden dürfen. Überdies wurde darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig es war und ist, die tendenziell ausufernde Geldwirtschaft zu zügeln und in ihre Schranken zu weisen, gerade um ihren Erfolg weiterhin zu sichern (Luhmann, 1994, S. 195). Deshalb ist der Ansatz mit seinem allumfassenden Anspruch, gesellschaftliche Institutionen und menschliches Tun ausschließlich als Spielarten konkurrierender Investitionsprojekte abzuhandeln, letzten Endes borniert. Dennoch wird mit der übergewichtigen Betonung der (durch-)kalkulierten wechselseitigen Leistungen sowie der Bilanzierung jeder Aktion ein Hinweis gegeben, welche Rolle das Geld in der Lebenswelt vieler Zeitgenossen spielt: Seine Bedeutung als Religion(ersatz) ist nicht zu verkennen. Damit rückt das Geld sowohl von seinen Ursprüngen her (Laum, 1924) als auch in seiner aufgeblühten Erscheinung in die Nähe eines Mittlers zu überirdischen Mächten oder zum profanen Garanten paradiesischen Glücks. Doch mit dem Blick nach vorne verliert sich der Mitmensch aus den Augen: „Der indizierte Partner für das Geldgeschäft – in dem, wie man mit Recht gesagt hat, die Gemütlichkeit aufhört – ist die uns innerlich völlig indifferente, weder für uns noch gegen uns engagierte Persönlichkeit“ (Simmel, 1920, S. 228). Diese Aussage liefert den Hinweis, worin die gesuchte kompakte Antwort liegt, was Geld leiste: Das Supergut erwirbt ohne weitere Legitimationsprüfung alle speziellen Waren und Dienste, die von den Verkäufern feilgeboten werden. Es dient dem königlichen Kunden zur Aneignung von Eigentum, wozu die Früchte der Arbeit anonymer anderer gehören.

5 Die Verwendung des Geldes

Vor diesem Hintergrund sperrt sich der in der Volkswirtschaftslehre, insbesondere in der Makroökonomik, kursierende Begriff „Geldmarkt“ dem üblichen Gebrauch. Denn das Angebot-Nachfrage-Kalkül versagt bei diesem Sujet: Was wird verkauft? Womit wird gezahlt? Kostet ein Euro etwa einen Euro? – Dies wäre ein Äquivalententausch in Reinkultur. Indes tritt niemand etwas ab, um dafür im Gegenzug das genau gleiche zu erhalten. Weil sich die einzelnen Währungseinheiten in ihrem Gebrauchswert nicht unterscheiden, ist ein „Geldmarkt“ in dieser Bedeutung nirgends anzutreffen. Im wirtschaftstheoretischen Sinn ist eben gerade kein Umschlagplatz des Geldes wie der Kartoffelmarkt für Kartoffeln gemeint, vielmehr handelt es sich um das Spiegelbild aller anderen Märkte: „Die Geldhaltung wird nur auf allen anderen Märkten der Wirtschaft ‚gekauft‘ und ‚verkauft‘; ein spezieller, konkreter Geldmarkt existiert nicht“ (Claassen, 1980, S. 289). Die Bankensprache bezeichnet dementsprechend mit dem Wort die Institutionen für den kurzfristigen Handel von Zentralbankguthaben (Ta-

ges- bzw. Monatsgelder). Hier wird die Vokabel von Praktikern in einem spezifischen Kontext gebraucht, der beachtet werden muss, um keine falschen Assoziationen zu wecken (→Geldmarkt).

Gleichwohl gliedern nahezu alle einschlägigen Lehrbücher den präsentierten Stoff nach dem Mode gewordenen Schema: Irgendwo trafen ein →Geldangebot und eine →Geldnachfrage aufeinander. Unter der zuletzt genannten Rubrik werden dann die Bestimmungsgründe der Kassenhaltung untersucht, die meist in der Höhe des Einkommens und „des“ Zinssatzes gesehen werden. Diese Faktoren determinieren angeblich die jeweils gewünschte Liquidität. Indem dabei die Ausgaben als Restgröße erscheinen, wird freilich das eigentliche Entscheidungsproblem, dem sich der repräsentative Haushalt gegenübersteht, an den Rand gedrängt: Denn die „Geldnachfrage“ der laufenden Periode entspricht einem Nicht-Verbrauch, dem (Be-)Halten von Geld, es erfolgte quasi nur ein „Teilverkauf“ des Objekts allgemeiner Begierde. Man ist Eigentümer des Superguts geblieben, weil offensichtlich die Möglichkeit des Zugriffs auf die Warenpalette höheren Nutzen stiftet, als der Erwerb dessen, was auf der nächsten Stufe der Bedürfnishierarchie der Befriedigung harret. Der aus eigenem Einkommen stammende Geldbestand ist somit das Ergebnis vergangenen und gegenwärtigen Sparens und folglich Resultat vorgelagerter Entscheidungen (→Sparen). Dies heißt selbstverständlich nicht, dass dieses akkumulierte Vermögen nur in bar („Kasse“) verfügbar ist. Als Anlagealternativen kommt ein ganzes Spektrum mit unterschiedlichen Fristigkeiten, Risiken und Renditen in Betracht. Das gewählte Portfolio hängt von den jeweiligen Präferenzen ab: Sieht man vom reinen Zwecksparen ab, spielt neben dem Wunsch, im Falle eines Falles auf einen „Notgroschen“ zugreifen zu können, das Motiv eine Rolle, Zinserträge zu erzielen. Es ist a priori offen, in welchem Maße diese Einnahmen später in den Verbrauch fließen.

Sparen ist also keineswegs ökonomisch im Grunde nichts anderes als eine Entscheidung für die Verschiebung des Konsums in die Zukunft. Der Mensch empfindet verschieden dringliche Bedürfnisse (Schaaff, 1991, S. 46ff.), wozu auf einer bestimmten Stufe die gegenwärtig drückende Sorge um die Zukunft zählt. Und um diesem aktuell gespürten Mangel abzuwehren, wird das heute verfügbare Einkommen nicht völlig in die Zirkulation geworfen, sondern ein Teil zur Seite gelegt – vorausgesetzt, man kann es sich leisten. Daher stellt auch die Nichtausgabe des Geldes in gewisser Weise Konsum dar, denn es werden momentan wirkende Motive handlungsrelevant (Zinn, 2006, S. 51f.). Darüber hinaus stößt das individuelle Geldvermögen auf keine Sättigungsgrenze, gerade weil sich damit die Zugriffsmöglichkeit auf das Güterspektrum eröffnet.

In der Makroökonomie wäre statt von einem Geldmarkt treffender von einem Finanzanlagenmarkt zu sprechen. Auf ihm disponieren die Haushalte darüber, ob sie Eigentumstitel erwerben oder Geld halten. Soweit diese Entscheidung von Zinssätzen oder von Wertpapierrenditen abhängt, lässt sich inhaltlich die Verbindung vom Kassenhaltungsansatz der Cambridger Schule (Marshall, Pigou, Robertson) bis zur Liquiditätspräferenztheorie von Keynes knüpfen.

6 Die Erzeugung des Geldes

Eine Inspektion der Literatur bestätigt desgleichen, dass unter der Überschrift „Geldangebot“ keine „markttheoretische“ Betrachtung desselben geboten wird. Statt dessen findet sich in den einschlägigen Kapiteln tatsächlich die Erläuterung der Technik der →Geldschöpfung bzw. der Geldlöschung. Dabei steht die Steuerung der Liquidität der Kreditinstitute durch die Notenbank im Zentrum, während das Verhalten der Geschäftsbanken nur am Rande abgehandelt wird (vgl. dazu Gischer, Helmedag, 1994). Besser wäre es daher, von der Geldproduktion zu sprechen, d.h. die Frage aufzuwerfen, was als Geld dient und wie es aus der Taufe gehoben wird.

Damit sind Grundsatzpositionen angesprochen, welche in der Geldtheorie bis heute konkurrieren. Die Meinungen prallten erstmals in voller Wucht im Verlauf der vor der Wende zum 19. Jahrhundert in England entfachten sog. Bullion-Kontroverse aufeinander (→Geldlehre: Geschichte). Der anschließende Streit zwischen Banking- und Currency-Schule thematisierte ebenfalls alternative Sichtweisen der Rolle des Geldes, welche seitdem immer wieder vorgebracht werden. Im Brennpunkt steht –

schlicht gesagt – der Charakter der Banknote bzw. – grundsätzlicher formuliert – der Zusammenhang zwischen Preisniveau und Geldmenge.

1793 trat England in den Koalitionskrieg gegen Frankreich ein. Auf Grund von Abflüssen ins Ausland und vermehrter Hortung verloren die in Gold einlösbaren Noten der Bank of England die vorgesehene Deckung. In diesen Sog gerieten indirekt auch die Noten der „Country Banks“, da diese auf Verlangen in Noten der Bank of England eingetauscht werden mussten. Mit dem „Bank Restriction Act“ wurde 1797 beschlossen, die Konvertibilität des englischen Pfundes vorübergehend aufzuheben (vgl. im einzelnen Cannan, 1925). Da die nun definitives Geld emittierende Bank of England Kriegskredite gewährte und Wechsel diskontierte, stieg der Umlauf ihrer Noten. Seit 1800 waren merkliche Preissteigerungen zu konstatieren. Im Zuge der 1806 verhängten Kontinentalsperre sowie einiger Missernten rutschte ferner die englische Handelsbilanz (→Zahlungsbilanz) ins Minus. Der innere Wertverlust des Pfundes ging mit der Verschlechterung des Wechselkurses einher.

Vor diesem Hintergrund tobte ein Ringen, wie diese Phänomene zu erklären seien und weshalb auf Edelmetallbarren trotz Verbotes ein Aufgeld, die Bullion-Prämie, gezahlt werde. In der zwischen 1797 und 1821 ausgefochtenen Bullion-Kontroverse vertrat David Ricardo (1772-1823) den Standpunkt, die Wurzel allen Übels sei die exzessive Ausgabe inkonvertibler Banknoten. Der 1810 dem Parlament vorgelegte „Bullion-Report“ schlug in die gleiche Kerbe. Jedoch äußerten die „Anti-Bullionisten“, darunter Direktoren der Bank of England, die Ansicht, ungedeckte Noten seien durchaus wertstabil, wenn sie durch Hereinnahme „guter“ Handelswechsel (→Wechsel) in den Verkehr gebracht worden seien. Nach dieser Adam Smith (1723-1790) zugeschriebenen „Real Bills“-Doktrin befriedigt die so gestaltete Notenemission lediglich den Zahlungsmittelbedarf der Wirtschaft, eine Inflationsgefahr drohe durch diese Art der Geldschöpfung keineswegs.

Diese Argumentation stieß auf den Widerspruch der Bullionisten. Dabei wurde auf die Schwierigkeit verwiesen zu erkennen, ob dem Wechsel wirklich nur der einmalige Verkauf einer Ware zu Grunde liege. Wandere das Gut durch mehrere Hände, könne nicht ausgeschlossen werden, dass daraus insgesamt ein Wechselvolumen resultiere, das den Warenwert weit übertreffe. Außerdem hänge die Nachfrage nach Finanzierungsmitteln von der Differenz zwischen der erwarteten Investitionsrendite, meist mit der Profitrate identifiziert, und dem Diskontsatz ab. Dieser war darüber hinaus bis 1833 durch die Wuchergesetze auf höchstens 5 % limitiert (Screpanti, Zamagni, 2005, S. 126). Erscheint unter diesen Rahmenbedingungen ein kreditfinanziertes Engagement lukrativ, könne es daher durchaus zu übermäßiger, d.h. inflationärer Notenausgabe kommen.

Nachdem das englische Parlament 1819 den 1821 umgesetzten Beschluss fasste, zur Konvertibilität zurückzukehren, verlagerte sich die Diskussion auf den Problemkomplex, ob in Gold einlösbare Banknoten nur Vertreter des Edelmetalls in den Tresoren oder eigenständiges Geld seien. Die Currency-Schule bejahte dies, denn in ihren Augen ist alles Geld, was die Geldfunktionen erfüllt. Und wer die Banknote einstreicht, fühlt sich normalerweise endgültig bezahlt. Bei Scheck und Wechsel gilt das in der Regel nicht.

Demgegenüber sieht die Banking-Fraktion in der mittels einer Monetisierung sekundärer Aktiva emittierten Note lediglich ein (temporäres) Kreditpapier, da in diesem Fall mit der Darlehensgewährung bzw. der Wechseldiskontierung zugleich eine (transitorische) Bankforderung entstehe, deren Begleichung automatisch zu einer späteren Notenvernichtung führe. Die einschlägigen Empfehlungen verließen sich auf eine Weiterentwicklung der Real Bills-Doktrin, John Fullartons (1780(?)-1849) „Law of Reflux“. Diesem „Rückstromprinzip“ zufolge ist eine dauerhaft zu hohe Notenzirkulation unmöglich. Denn unterwertige Noten fließen bei Konvertibilität (die ja im Unterschied zur Zeit der Bullion-Kontroverse vorlag) zum Emittenten zurück: Also reduziere sich ein zu großer Notenumlauf quasi automatisch. Außerdem ließe sich nach dem Wegfall der Obergrenze für den Diskontsatz einer spekulativen Ausdehnung der Notenausgabe ein Riegel verschieben. Die Currency-Schule wies diesen Argumentationsstrang erwartungsgemäß zurück.

In der etwa zwischen 1821 und 1860 lodern den Auseinandersetzung waren sich die Parteien allerdings darüber einig, der Bank of England das Monopol der Notenausgabe einzuräumen (→Free Banking). Desgleichen war jetzt unstrittig, die Einlösepflicht festzuzurren. Zwar lässt sich ab 1820 ein Umschwung der Direktoren der Bank of England von antibullionistischem Gedankengut in Richtung Currency-Schule feststellen. Jedoch wurde seit 1827 die erst 1832 bekanntgemachte „Palmer's Rule“ (benannt nach dem Leiter der Bank) asymmetrisch angewandt. Prinzipiell verlangte sie eine Dritteldeckung der Noten durch Gold. Verringerte sich freilich der Bestand, wurde der Notenumlauf nicht entsprechend reduziert – im umgekehrten Fall aber ausgedehnt. Diese Politik wurde bemerkenswerterweise mit einem Beschäftigungsargument begründet: Ursache der zurückgehenden Goldreserve sei eine defizitäre Handelsbilanz, die auf eine Rezession deute. Eine Verringerung des Notenumlaufs würde in dieser Situation die Wirtschaftslage zusätzlich verschlechtern.

Der „Bank Charter Act“ aus dem Jahr 1844 – im Deutschen meist „Peelsche Bankakte“ titulierte – verankerte, dass bis auf das damals vorhandene fiduziäre Papiergeldkontingent in Höhe von 14 Mio. Pfund eine Volldeckung gewährleistet sein solle (Fetter, 1965, S. 185). Mit dieser Regel hatte sich anscheinend die Currency-Position durchgesetzt, denn die Vertreter der Banking-Richtung verlangten lediglich die Drittel-Reservehaltung. Freilich hielt die Vorschrift nur deshalb bis 1914, weil sie immer dann außer Kraft gesetzt wurde, wenn ihre Erfüllung gefährdet war.

Die modernen Währungen sind unterdessen ungebunden, d.h. von der „Goldfessel“ befreit. Damit sind die Produktionskosten der Kaufkraftschaffung sehr gering (→Geldordnung): Geld stellt heutzutage eine Forderung an das Bankensystem dar. Jedoch sind die Verbindlichkeiten der Zentralbank abstrakt, da sie weder verzinst werden noch einlösbar sind (→Geldmenge).

7 Von der Quantitätsgleichung zur Quantitätstheorie

Zu dem nach wie vor höchst aktuellen Thema, was die Geldmenge überhaupt ausmache, gehört unweigerlich die nach wie vor brennende Frage, ob ihre Veränderung abhängige oder unabhängige Variable im ökonomischen Beziehungsgeflecht sei. Es geht also darum, in welcher Richtung die Quantitätsgleichung zu lesen ist. Sie konstatiert zunächst einmal die immer zutreffende Aussage, wonach die Summe der Käufe und Verkäufe übereinstimmen muss: $MV = \sum_i h_i p_i$.

Auf der linken Seite steht das Produkt aus Geldmenge M und Umlaufgeschwindigkeit V – genauer: die durchschnittliche Häufigkeit des Besitzwechsels der einzelnen Geldeinheit in einem Zeitraum. Rechts des Gleichheitszeichens werden die mit dem jeweiligen Preis p_i multiplizierten einzelnen Verkaufsmengen h_i des Handelsvolumens zum Gesamtumsatz kumuliert. Die übliche Darstellung dieser Faktoren als Skalare, also eindimensionale Größen, macht keinen Sinn: Bei den Transaktionen werden heterogene Güter veräußert, die sich nicht als solche physisch aggregieren lassen.

Der tautologische Charakter der Quantitätsgleichung verschwindet, sobald man den Ausdruck ökonomisch interpretiert, d.h. eine kausale Beziehung zwischen den Größen postuliert. Angesichts der sog. Preisrevolution im 16. Jahrhundert begann man intensiver darüber nachzudenken, wodurch der langanhaltende Preisanstieg hervorgerufen werde. Als einer der ersten bemüht sich Jean Bodin (1530-1596) anhand empirischer Daten 1568 zu belegen, dass die Zunahme von Gold (und hauptsächlich Silber) nach der Entdeckung Amerikas hierfür verantwortlich sei. Vorher hatte schon Kopernikus (1473-1543) den Zusammenhang so gesehen und die später nach Thomas Gresham (1519-1579) genannte Regel formuliert, dergemäß das gute Geld im Verkehr vom schlechten verdrängt werde. John Locke (1632-1704) hebt 1691 die Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hervor. Schließlich betont David Hume (1711-1776) im Jahr 1752, nicht das Edelmetall schlechthin, welches womöglich in irgendwelchen Truhen liege, sei ausschlaggebend, sondern nur die zirkulierende „wirksame“ Geldmenge. Wenn man möchte, hat Irving →Fisher (1867-1947) diesen Gedanken 1911 mit seiner Verkehrsgleichung vertieft. In ihr tritt auf der linken Seite das von den Geschäftsbanken geschaffene Buchgeld M' mit einer spezifischen Umlaufgeschwindigkeit V' separat in Erscheinung: $MV + M'V' = \sum_i h_i p_i$. Tatsächlich setzt sich die Geldmenge des Euroraums in der engsten Abgren-

zung M1 überwiegend aus Sichteinlagen (84%) und nur zu einem geringen Teil aus Bargeld (16%) zusammen (Europäische Zentralbank, Monatsbericht September 2006, Frankfurt a. M., S. 17).

Im Jahr 1956 gab Milton Friedman mit seiner „Neuformulierung“ der Quantitätstheorie den Startschuss zu dem noch andauernden Monetarismus-Fiskalismus-Streit. Friedman und seine Mitkämpfer behaupten ebenso wie die älteren Quantitätstheoretiker die Abhängigkeit des Preisniveaus von der Geldmenge. Indes ergibt ein genaueres Studium der Werke der älteren Autoren, dass ihnen allen mehr oder weniger nicht-neutrale Auswirkungen von Geldmengenvariationen geläufig sind. Grundsätzlich seien jedoch nur kurzfristig realwirtschaftliche Reaktionen denkbar. Wegen der Stabilität der Geldnachfrage des privaten Sektors bricht sich in den Augen der modernen Monetaristen langfristig desgleichen die „Neutralität des Geldes“ Bahn: Die relativen Größen würden im Realteil der Wirtschaft festgelegt. Eine Geldmengenausdehnung – etwa zur Beschäftigungsförderung – schlage sich darum über kurz oder lang ausschließlich im Preisniveau nieder. Eine diskretionäre Geldpolitik sei letzten Endes kontraproduktiv. Stattdessen wird eine strenge Regelbindung empfohlen.

Wie die Patinkin-Kontroverse allerdings gezeigt hat, erfordert die Aufrechterhaltung der Dichotomie von realer und monetärer Sphäre in einem walrasianischen Allgemeinen Gleichgewicht die Berücksichtigung der auf das Preisniveau bezogenen Geldmenge in den Angebots- und Nachfragefunktionen (Richter, 1990, S. 21 ff.). Dann beeinflussen Preisänderungen den Wert des Barvermögens. Dies berührt zumindest prinzipiell die Konsumnachfrage. Setzt man hinreichendes Vertrauen in die Stärke solcher Realkasseneffekte, lassen sie sich gegen die keynesianische Erklärung hartnäckiger Arbeitslosigkeit ins Feld führen. Inzwischen haben die Monetaristen der zweiten Welle die Aussagen ihrer Vorgänger weiter zugespitzt: Gemäß der Theorie rationaler Erwartungen ist jede systematische Wirtschaftspolitik zum Scheitern verurteilt. Die Wirtschaftssubjekte antizipieren – angeblich in Kenntnis des zutreffenden Strukturmodells – die Maßnahmen korrekt und reagieren vorab derart, dass die beabsichtigten Wirkungen ausbleiben (Lucas, 1996).

8 Effektive Nachfrage, absorbiertes Angebot und Geldpolitik

Immerhin scheint das Nobelpreiskomitee dem Chicago-Modell der Wirtschaft viel abgewinnen zu können. Andere trauen dem skizzierten Argumentationsmuster weniger. Ohne hier die Annahmen im Einzelnen auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen, ist kritisch anzumerken, wie spärlich sich moderne Monetaristen über den von der Geldpolitik ausgelösten Anpassungsprozess auslassen. Demgegenüber beschäftigten sich ihre Vorgänger intensiver mit der Transmission monetärer Impulse. Zwar differieren die Schilderungen der Wirkungskette im Einzelnen, doch stets sind realwirtschaftliche Effekte in der kurzen Frist wahrscheinlich. Von einer Neutralität des Geldes kann somit nicht gesprochen werden. Misst man dem Gesichtspunkt entsprechendes Gewicht bei, erscheint eine aktive Geldpolitik in rosigerem Licht. Überdies gilt in diesem Kontext Keynes' lakonischer Kommentar: „In the long run we are all dead.“ (Keynes, 1971, S. 65).

Tatsächlich spricht vieles dafür, die linke Seite der Quantitätsgleichung insgesamt ins Visier zu nehmen, wobei die Deutung des Produkts MV als „effektive Nachfrage“ naheliegt. Sie determiniert das „absorbierte Angebot“ $\sum_i h_i p_i$. Offenbar muss sich eine Ausgabensteigerung keineswegs allein im Preisniveau niederschlagen. Vielmehr erscheint es gerade in einer Depression plausibel, dass eine größere effektive Nachfrage vor allem auf die Mengen wirkt; vorausgesetzt, der Wettbewerbsdruck zügelt Preisanhebungen. Da das Handelsvolumen mehr oder weniger eng mit dem Sozialprodukt verknüpft ist, bestimmt unter solchen Umständen die effektive Nachfrage die Beschäftigung. Ihre Determinanten entscheiden in dieser Situation in erster Linie, wie viel (Lohn-)Arbeit in einer Volkswirtschaft geleistet wird.

Vor dieser Kulisse sind zwei weitere Aspekte zu beleuchten, die schon in der Banking-Currency-Kontroverse ins Blickfeld geraten sind. So sehr der Currency-Schule beizupflichten ist, dass alles, was regelmäßig der Zahlung dient, Geld ist, so sehr ist der Auffassung der Banking-Lehre zuzustimmen, wonach eine gestiegene Geldmenge auch reale Ursachen haben könne. In der Tat lassen sich für die

umgekehrte Leserichtung der Quantitätsgleichung („Reversed Causation“) damals wie heute gute Argumente vorbringen. Darlehen schaffen den Spielraum für eine elastische Finanzierung der effektiven Nachfrage und damit des absorbierten Angebots.

Unter den Bedingungen einer Warenwährung wird die Zahlung durch Hergabe konkreter, knapper Gegenstände, in der Regel Edelmetall, geleistet. Demgegenüber erfolgt im Rahmen eines Buchgeldsystems der Ausgleich durch Übertragung einer Forderung gegen einen als solvent geltenden Dritten, typischerweise in Form eines Transfers von Depositen. Bei einer Kreditfinanzierung wird die Bank sozusagen Zahler, ohne Käufer zu sein. Dazu ist sie freilich nur bereit, falls eine Prüfung sie davon überzeugte, mit hoher Wahrscheinlichkeit „ihr“ Geld später zurückzubekommen. In diesem Sinne bewirkt die Darlehensgewährung eine kommende Einlage. Dem Kunden ist es somit gelungen, privates Vermögen – welcher Art auch immer – in eine übertragbare Verbindlichkeit des Kreditgebers von höherer Qualität und Akzeptanz zu verwandeln. Im Gegensatz zu früher beschränkt nicht länger der individuell vorhandene Besitz den Bereich ökonomischer Aktivitäten, vielmehr eröffnen Reputation und Information ungeahnte Expansionschancen (Buss, 1987, S. 329).

In letzter Zeit erweitert sich das Spektrum der Geldformen durch die verschiedenen Varianten „elektronischer“ Zahlungen beträchtlich (Gramlich, 1997). Eine massenhafte Verbreitung von „Cyber Money“ wirkt tendenziell in Richtung einer weiteren Lockerung der Bindung an das Zentralbankgeld. Unter solchen Bedingungen kann von „der“ Geldmenge weniger denn je gesprochen werden (Streissler 2002). Zudem bahnt sich in den letzten Jahren ein Konsens unter etlichen Ökonomen an, wonach die Geldmenge durch die Kreditvergabe des Geschäftsbankensektors *endogen* entstehe. Die Empirie bestätigt diese Sicht (Howells, 2005). Doch die →Europäische Zentralbank reklamiert nach wie vor für sich, durch die Kontrolle der monetären Basis die Geldmenge und damit das Preisniveau steuern zu können (Europäische Zentralbank, 2004, S. 41 ff.). Tatsächlich betreibt sie jedoch Zinspolitik und unterscheidet sich darin weder von dem Federal Reserve System noch von der Bank of England (Ruckriegel, Seitz 2006). Außerdem bürdet sich eine Zentralbank, die ihre Aufgabe allein in der Stabilisierung des Geldwertes sieht, sowohl zu viel als auch zuwenig Verantwortung auf. Einerseits haben Rohstoffpreise, Lohnkosten, Steuersätze und schließlich die Wettbewerbsverhältnisse gewiss auch einen Einfluss auf das Preisniveau. Andererseits wirkt eine (vorausseilende) energische Bekämpfung geringer Inflationsraten in Zeiten der Unterbeschäftigung kontraproduktiv. Steigende Zinsen bremsen die Wirtschaftsaktivität und bedeuten daher Wohlfahrtsverluste für viele. Man sollte deshalb darauf achten, dass der Preis für stabile Preise nicht zu hoch ausfällt.

Fritz Helmedag

Ergänzende Stichwörter

Geld und realwirtschaftliche Entwicklungen . Geldangebot . Geldgeschichte . Geldnachfrage . Geldordnung

Literatur

- Buss, E. H. (1987), Funktion- und Legitimationswandel des Eigentums, in: Lampe, E. J. (Hrsg.), Persönlichkeit, Familie, Eigentum, Opladen, S. 322-335.
- Cannan, E. (1925), Introduction, in: Cannan, E. (Hrsg.), The Paper Pound of 1797-1821, The Bullion Report, 2. Aufl., London (Reprint New York 1969), S. vii-xlvi.
- Claassen, E. M. (1980), Grundlagen der Geldtheorie, 2. Aufl., Berlin u. a.
- Deutschmann, C. (1995), Geld als soziales Konstrukt. Zur Aktualität von Marx und Simmel, in: Leviathan, 23.Jg., S. 376-393.
- Europäische Zentralbank (2004), Die Geldpolitik der EZB, Frankfurt a. M.
- Europäische Zentralbank (2006), Monatsbericht September, Frankfurt a. M.
- Fetter, E. W. (1965), Development of British Monetary Orthodoxy 1797-1875, Cambridge.
- Forstmann, A. (1952), Geld und Kredit, I. Teil, Göttingen.
- Gerloff, W. (1947), Die Entstehung des Geldes und die Anfänge des Geldwesens, 3. Aufl., Frankfurt a. M.

- Gischer, H., Helmedag, F. (1994), Kaufkraftschaffung und Bankenverhalten, in: Ott, A. E. (Hrsg.), Probleme der unvollkommenen Konkurrenz, Tübingen, Basel, S. 357-373.
- Gramlich, L. (1997), „Elektronisches Geld“ im Recht, in: Datenschutz und Datensicherheit, Heft 7, S. 383-389.
- Hahn, H. J. (1990), Währungsrecht, München.
- Helmedag, F. (1994), Warenproduktion mittels Arbeit, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 2. Aufl., Marburg.
- Helmedag, F. (1995), Geldfunktionen, in: das wirtschaftsstudium (wisu), 24. Jg. S. 711-717.
- Howells, P. (2005), The Endogeneity of Money: Empirical Evidence, University of the West of England, Economics Discussion Paper 05/13.
- Keynes, J. M. (1971), A Tract an Monetary Reform, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. IV, Cambridge (Erstveröffentlichung 1923).
- Knapp, G. F. (1921), Staatliche Theorie des Geldes, 3. Aufl., München, Leipzig (Erstauflage 1905).
- Laum, B. (1924), Heiliges Geld, Eine historische Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes, Tübingen.
- Lucas, R. E. (1996), Nobel Lecture: Monetary Neutrality, in: Journal of Political Economy, Vol. 104, S. 661-682.
- Luhmann, N. (1994), Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt a. M.
- Marx, K. (1974), Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), 2. Aufl., Berlin.
- Marx, K. (1988), Ökonomisch-philosophische Manuskripte (vom Jahre 1844), 4. Aufl., Leipzig.
- Neldner, M. (1997), Die Neue Monetäre Ökonomie, Banken und andere Finanzintermediäre in einer Welt des Laissez Faire, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (Wist), 26. Jg., S.15-20.
- Ott, A. E. (1991), Grundzüge der Preistheorie, 3. Aufl., Göttingen.
- Polanyi, K. (1976), Reziprozität, Redistribution und Tausch, in: Schlicht, E. (Hrsg.), Einführung in die Verteilungstheorie, Reinbek bei Hamburg, S. 66-72.
- Richter, R. (1990), Geldtheorie, Vorlesungen auf der Grundlage der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie und der Institutionenökonomik, 2. Aufl., Berlin u. a.
- Ruckriegel, K., Seitz, F. (2006), Die operative Umsetzung der Geldpolitik: Eurosystem, Fed und Bank of England, in: Wirtschaftsdienst, 86. Jg., S. 540-548.
- Schaaff, H. (1991), Kritik der eindimensionalen Wirtschaftstheorie: Zur Begründung einer ökologischen Glücksökonomie, Thun, Frankfurt a. M.
- Schilcher, R. (1973), Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung, 2. Aufl., Berlin.
- Schmidtchen, D., Mayer, A. (1993), Ökonomische Analyse der Religion, in: Ramb, B. Th., Tietzel, M. (Hrsg.), Ökonomische Verhaltenstheorie, München, S. 311-341.
- Schopenhauer, A. (1977), Parerga und Paralipomena, Bd. I/2, Zürich (Erstausgabe 1851).
- Screpanti, E., Zamagni, S. (2005), An Outline of the History of Economic Thought, 2. Aufl., Oxford.
- Simmel, G. (1920), Philosophie des Geldes, 3. Aufl., München, Leipzig.
- Smith, A. (1978), Der Wohlstand der Nationen, Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, aus dem Englischen von Recktenwald, H. C., München (englische Erstausgabe 1776).
- Streissler, E. W. (2002), Endogenität und Neutralität des Geldes in theoriegeschichtlicher Perspektive, in: Endogenität und Exogenität, hrsg. v. Schefold, B., Marburg, S. 65-88.
- Veit, O. (1966), Reale Theorie des Geldes, Tübingen.
- Zinn, K. G. (2006), Wie Reichtum Armut schafft, Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, 4. Aufl., Köln.